

BUNDESKANZLERAMT
BÜRO DES VIZEKANZLERS

Wien, den 20. Jänner 1964
Dr. Ze./Pr.

~~Handwritten text~~ 20.1./71

Lieber Herr Präsident!

In der Anlage übersende ich Ihnen über Auftrag des Herrn
Vizekanzlers zwei Gedächtnisprotokolle über Aussprachen
des Herrn Vizekanzlers mit Bundesparteiobmann der ÖVP,
Herrn Bundesminister a.D. Dr. Klaus, mit der Bitte um
Deine freundliche Kenntnissnahme.

Mit herzlichen
Freundschaftsgrüßen



2 Beilagen

Herrn
Präsident
Bundesminister a.D.
Dipl.Ing. Karl WALDBRUNNER

Parlament
W i e n I

Wien, den 15. Jänner 1964

Aktenvermerk über die Aussprache mit Bundesparteiobmann
Dr. Klaus am 15.1.1964 von 10.00 bis 10.30 Uhr:

Dr. Klaus erklärt, daß er keine konkreten Anliegen habe, doch sei seine Partei über seinen Aufsatz in der "Zukunft" sehr betroffen. Er teilt diesen Standpunkt, wenn er sich auch diesmal nicht persönlich angegriffen fühlt. Er stellt sodann die direkte Frage: "Bedeutet die Ankündigung der Sozialistischen Partei eines Regierungsprogramms für 1964 die eines gemeinsamen Regierungsprogramms von SPÖ und FPÖ? Ich entgegne hierzu, daß ich Erklärungen, die ich mache, jederzeit auch beiseite kann. Ich stelle also fest, daß keinerlei Übereinkommen zwischen uns und der FPÖ über eine gemeinsame Regierung und deren Zusammensetzung oder über ein Regierungsprogramm einer solchen Regierung besteht. ~~Sollte es zur Bildung einer Kleinen Koalition kommen, dann~~ wären solche Vereinbarungen notwendig. Es entspinnt sich ein längerer Meinungsaustausch über die verschiedenen Einflüsse auf die Politik der ÖVP, die nicht aus ihren Reihen kommen. So zeigt uns das Beispiel Krens sehr deutlich, wo eine Kleine Koalition schon seit Jahren gegen uns praktiziert wird, woran nicht einmal die Erklärungen des Gemeindegottes Dr. Faber gegen in Konzentrationslager ungekommene Priester etwas geändert haben. Er verwies auf das Beispiel von Ritteraill, wo die Sozialisten zwar einen ÖVP-Mürgermeister gewählt haben, aber nicht den von der Landesleitung der ÖVP vorgeschlagenen. Dazu stelle ich fest, daß es nicht zur Bildung einer Kleinen Koalition zwischen uns und der FPÖ geführt hat, sondern gerade vor kurzem in der Frage der Bestellung eines Dreißigjährigen zum Gemeindegottessekretär zu einer Mehrheit von ÖVP und FPÖ gegen die SPÖ. Klaus erklärt dann, als persönlichen, nicht als ÖVP-Vorschlag anzuregen, daß eine Aussprache der Mitglieder der

Bundesregierung unter Heranziehung der Parteifunktionäre erfolgen soll. Er stelle sich vor, daß in einer solchen Aussprache ungelöste Probleme vom Heeresversorgungsgesetz bis zur Herstellung geordneter Verhältnisse in Kleiderbaterreich, worunter er allerdings nur die Maßnahmen des Herrn Innenministers anführte, möglich sein würden. Ich erklärte hierzu, diesen Vorschlag unserem Parteigremium vorzulegen. Ich persönlich neige dazu, nie ein gewünschtes Gespräch zu verweigern, auch wenn man im Arbeitsausschuß bereits ein Gremium hat. In dieses Gespräch werden meines Erachtens auch die drei Präsidenten des Nationalrates einbezogen sein.

Ich versprach, Mitteilung nach erfolgter Fühlungnahme in der Partei (Gorbach sagte mir später, daß er von Klaus über diesen Vorschlag nicht informiert worden sei) zu geben. Mit Rücksicht auf das noch unbestimmte parlamentarische Kalendarium in der nächsten Woche wurden keine Termine für die nächste Aussprache vereinbart.

Amtvermerk über die Besprechung mit Bundesparteiobmann
Dr. Klaus am 11. Dezember 1963:

Klaus teilt mir eingangs mit, daß bei seiner Minister-
ratsfraktion Klage über schlechtes Klima der gestrigen
Regierungsverhandlung geführt wurde. Ich stelle dazu
fest, daß der Rückstellungsantrag über das sogenannte
Fruchtsaftprojekt aus sachlichen Gründen in seiner Frak-
tion gestellt wurde und daß ich dem Finanzminister er-
klärt habe, er möge seine Vorschläge zum Ausführungsförde-
rungsgesetz ohne Verfassungsänderung einbringen, da ja
dieses Gesetz auch heute ein einfaches Gesetz ist, Be-
züglich der Umwandlungen der Kassenscheine wurde der Bun-
desminister für Finanzen um eine genaue Detaillierung
des Vorschlags ersucht, was zugesagt wurde. Klaus kommt
schließlich auf die Personalie zu sprechen und hier ins-
besondere auf Passer und Holzinger. Über die Tätigkeit
Passers bei der Staatspolizei zeigt sich Klaus infor-
miert, meint aber, es sei kein Grund, ihm die Berufung
ins Statistische Amt zu verweigern und auch Holzinger
sei mehr als ein Jahr zurückgestellt worden. Ich stelle
dazu fest, daß alle Sektionschefs des Bundeskanzleramtes
der ÖVP angehören, während Vizekanzler Schärfl seit 1945
ebenfalls einen Sektionschef zugestellt hatte, den er mit
seiner Vertretung betraute. Mir wird das immer vorant-
halten, sodaß ich als Vertretung nur einen Sektionsrat
entsende, der bei solchen Anlässen weit hinter allen an-
deren rangiert. Denn die Sektion IV ist ja nur personell
mit dem Vizekanzler vereinigt; sie hatte immer eine eige-
ne Sektionsleitung oder einen Generaldirektor.

Er spielt dann auf die Laufbahn Gatscha's an, wobei ich
darauf hinweise, daß ja Gatscha von Krauland in das Bun-
desministerium für Vermögenssicherung und Wirtschafts-
planung (richtig von Migsch ins Energieministerium, ande-
rerseits ist aber Gatscha auch nicht Doktor der Musik-
wissenschaften, sondern das war sein Vater!)

berufen wurde und seither in diesem Bereich seinen Dienst versieht. Außerdem besetzt die ÖVP über das Bundeskanzleramt die Präsidentenposten im Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof und den Präsidenten der Nationalbank und den des Statistischen Zentralamtes. Ich verweise darauf, daß Maleta und ich im Jahre 1955 noch als Klubobmänner überein gekommen sind, die Besetzung der Vorstände in den verstaatlichten Unternehmungen durch einen gesetzlich verankerten Prozess außer Streit zu stellen. Dadurch wurde bei einem Wechsel in der Person des Ressortleiters vermieden, daß Berufungen aus früherer Zeit durch andere abgelöst wurden. Es wäre zweckmäßig, so etwas Ähnliches für das Bundeskanzleramt auch zu vereinbaren, denn er, Klaus, möge nicht annehmen, daß wir im Falle eines Wechsels in der Besetzung des Bundeskanzleramtes gewillt sind, diese einseitige Besetzung von Funktionärposten, abgesehen von den wichtigen Funktionen, als ewigen Zustand hinzunehmen.

Klaus verweist auf das Verkehrsministerium und meint, wenn die ÖVP die Mehrheit haben würde, könnte sie Ähnliches tun. Wobei ich darauf hinweise, daß es sich hier um Beamte handelt und nicht um Funktionäre. Der Vergleich ist also mit den Sektionschefs zu machen und nicht mit Präsidentenposten. Klaus meint dazu, daß er für eine solche Verhandlung nie die Zustimmung seiner Partei bekomen würde.

Abschließend führt er noch den Verhandlungsgegenstand Straßenverkehrsgesetz im Parlament an und gab der Erwartung Ausdruck, daß das Verhandlungsergebnis zwischen Uhlir und Hurdies weitere Verhandlungen zwischen ihm und mir über diesen Gegenstand überflüssig machen werden. Ich bekenne mich zur gleichen Auffassung. (Nachdem ich mit Uhlir vorher im Klub darüber gesprochen habe).

Beginn: 10.00 Uhr

Schluß: 10.40 Uhr